

AFFÄREN

HUYN

Armer Diplomat

„Ich will Sie nicht einen Lügner, Heuchler oder Schuft nennen, aber mit aller möglichen Höflichkeit werde ich vielleicht beweisen, daß Sie es sind.“

Junius*

Am 29. Oktober 1965, gegen sechs Uhr nachmittags, erhielt Hans Graf Huyn, Legationsrat im Referat IA1 (Grundsatzreferat) der Politischen Abteilung des Bonner AA, seine Entlassungsurkunde.

Bundesaußenminister Gerhard Schröder hatte den Grafen der Indiskretionen verdächtigt. Anlaß war unter anderem ein Artikel im „Rheinischen Merkur“, worin behauptet wurde, Schröder wolle die „Berlin-Klausel“, die jedem internationalen Abkommen der Bundesrepublik beizufügen ist, durch eine einmalige Er-

Rainer Barzel äußerte gegen die Berufung des Grafen in die Suite des CSU-Chefs CDU-Befremden, Strauß mußte Huyn aus seiner nächsten Umgebung verbannen. Seit März wird Huyn, laut CSU-Auskunft, von der Partei überhaupt nicht mehr beschäftigt.

Seines AA-Stuhls ledig, von Strauß unter dem Stirnrunzeln der Christdemokraten fallengelassen, feuert nun der Graf, elf Monate nach seinem Auszug aus der Koblenzer Straße, gegen Schröder zurück — mit allem, was die Rohre von Deutschlands Kolportage-Kanonen hergeben.

Ende vorletzter Woche begann der Stuttgarter Seewald Verlag mit der Auslieferung eines über 500 Seiten umfassenden Anti-Schröder-Pamphlets aus der Feder des Grafen. Titel: „Die Sackgasse“**.

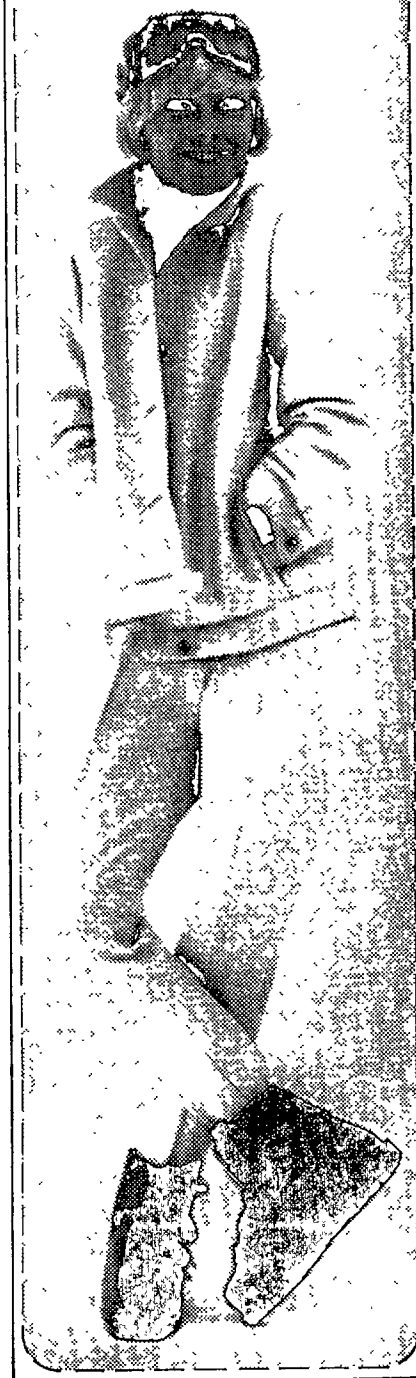
Die politischen, zumeist aus umfangreichen Presse-Zitaten zusammengesetzten Partien des Huyn-Werkes folgen der

Praktisch, wie ein Skianzug nur sein kann: Elastisch, strapazierfähig, bequem, er ist eben elastisch durch Lycra. Modisch up to date: Sportliche Eleganz in internationalem Stil (von Fausel creiert).
Er und Sie sagen dazu nur: Herrlich! Übrigens: Seit 1952 tragen alle deutschen Olympia-Mannschaften Fausel-Skikleidung.

elastisch
LYCRA®
Du Pont Nylon

Fausel

herrlich!



Schreiber Huyn: Ermutung aus alten Briefen

klärung ablösen, wonach Berlin grundsätzlich in den Begriff „Bundesrepublik“ eingeschlossen ist.

Schröder ließ Huyn vernehmen. Doch der Graf leugnete, jemals AA-Internia weitergegeben zu haben, und bat am 28. um seine Papiere. Er erhielt sie 24 Stunden später — ohne den sonst üblichen Dank für treue Dienste.

Zehn Tage nach seiner Entlassung aus Schröders Diensten trat Huyn, laut eigener Bekundung, eine neue Stellung an: als persönlicher Referent bei Schröders Herzens-Feind Franz-Josef Strauß — freilich (was Huyn verschweigt) für nicht lange Zeit.

* Die sogenannten Junius-Briefe erschienen vom 21. Januar 1769 bis zum 12. Mai 1772 im Londoner „Public Advertiser“. Sie waren vornehmlich gegen den Duke of Grafton, nominellen Chef der von dem älteren Pitt gebildeten Regierung gerichtet. Ihr Verfasser war vermutlich Sir Philip Francis, ein Regierungsbeamter.

** Hans Graf Huyn: „Die Sackgasse“. Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch; 504 Seiten; 28 Mark.

Linie, die vornehmlich von Franz-Josef Strauß und dem CSU-Baron Karl Theodor von und zu Gutenberg repräsentiert wird. Danach gilt als Axiom der Außenpolitik der Bundesrepublik:

▷ „Die Sicherheit Europas kann nur gewährleistet werden durch eine glaubwürdige Abschreckung. Das ist nur möglich durch eine — rein geographisch — europäische Abschreckungsmacht“, also, wie Huyn später erläutert, durch deutsche Beteiligung an Frankreichs Atomrüstung.

Diese einst von Konrad Adenauer eingeleitete Politik ständig hintertrieben zu haben, ist Huyns politischer Hauptvorwurf gegen Schröder.

Schröder konterkarierte auch alle Versuche seines jetzigen Regierungschefs, des Bundeskanzlers Erhard, mit de Gaulle eine politische Union der EWG-Staaten zu entwickeln. Als im letzten Februar Erhard und de Gaulle sich in Paris darüber einig wurden, die Union nach fran-

zösischem Konzept („Europa der Vaterländer“) voranzutreiben, habe der Franze am Konferenztisch zwar seine Befriedigung hierüber ausgedrückt, aber hinzugefügt, hinterher kämen „die Dämonen, die wir sehr wohl kennen, und machen alles wieder zunichte“.

Daß de Gaulle mit den „Dämonen“ Schröder meinte, insinuiert Huyn mit dem Satz: „Gerhard Schröder saß bei diesen Worten ungerührt am Konferenztisch.“

Der Strauß-Guttenbergschen Linie folgt Huyn bis ins taktische Detail: Die SPD wird auf den 500 Seiten kein einziges Mal angegriffen, Willy Brandt mit Respekt zitiert, Herbert Wehner mit der gleichen Vokabel geehrt, die Strauß einst gebrauchte: „staatsmännisch“.

Mehr Eigen-Initiative entfaltet Autor Huyn, wenn er sich kritisch zur Person Schröders äußert.

Ermutung dazu holte er sich aus den nahezu 200 Jahre alten „Junius“-Briefen. Den verschlagenen „Lügner, Heuchler, Schuft“-Satz des Junius (siehe Motto) befand er als „geradezu erfrischend“.

Ahnungsvoll gesteht der Graf: „Ich bin mir bewußt, daß es leicht sein wird, jede Kritik, die ich an der Politik Gerhard Schröders übe, als persönliche Revanche auszulegen.“

Doch läßt er sich durch die Möglichkeit eines solchen Verdachts nicht einmal davon abhalten, auch Schröders „aalglatte, farb- und substanzlos erscheinende Wesensart“ zu erörtern und „unter der etwas grauen und kalten Eisschicht“ Schröders nach „Unsicherheit“, ja selbst nach „Emotionen“ zu fahnden.

Auf eine solche „Unsicherheit“ oder „Emotion“ weist Huyn hin, indem er einen Artikel zitiert, der am 8. Juni vorigen Jahres in der Bonner „Politischen Korrespondenz“ unter dem Titel „Führt Schröder zu Recht seinen Dokortitel?“ erschien.

Zwar gesteht Huyn, daß diesem Artikel (worin berichtet wird, daß Schröders Doktorarbeit in keinem Dissertationsverzeichnis deutscher Universitäten zu finden sei) im Rahmen einer Kritik der Schröderschen Außenpolitik „keine besondere Bedeutung“ zukomme, doch erscheint es ihm „unverständlich, daß Schröder gegen diese schweren Vorwürfe der ‚Politischen Korrespondenz‘, deren Wortlaut ihm von ihrem Autor übersandt worden ist, keinerlei Schritte unternommen hat“.

Aus eigenem Wissen fügt der Graf dann noch hinzu: „Im Auswärtigen Amt fiel auch auf, daß Mitte 1966 in einem Entwurf für ein erschöpfendes Verzeichnis sämtlicher Publikationen von Amtsangehörigen unter dem Namen Gerhard Schröder ... die vielgesuchte Dissertation des Ministers ... ebenfalls fehlt.“

Graf Huyn hätte sich nicht weit bewegen müssen, um den Fall zu klären, der bei ihm ungeklärt bleibt. Laut Auskunft der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Bonner Universität hat Schröder am 2. Juni 1934 den Dokortitel mit der Note „Sehr gut“ erworben.

Zwar will Huyn „keiner Vergangenheitsschnüffelei das Wort“ reden, doch beschäftigt ihn Schröders Zugehörigkeit zur NSDAP über nicht weniger als zwei Buchseiten hinweg, insbesondere der Gegensatz zwischen

▷ Schröders Erklärung vor dem Bundestag, er sei „weder vor dem ‚Dritten Reich‘ noch im ‚Dritten Reich‘ auch



Huyn-Dienstherr Schröder
„Die Dämonen ...“

nur eine Minute lang Nationalsozialist gewesen“, und

▷ der Auskunft des Document Center, wonach Schröder im Jahre 1933 der NSDAP beitrug.

Auch Huyns scheinbar generöse Schluß-Geste zu diesem Widerspruch — „Wie dem auch sei“ — entpuppt sich dann als Überleitung zu einer weiteren Boshaftigkeit.

Huyn: „Als er (Schröder) einmal in Rom eine Gedenkansprache zum Tag der deutschen Einheit hielt, erstarrte seinen Zuhörern das Blut in den Adern, als der deutsche Verfassungsminister statt 17. Juni 1953 sagte: 30. Januar 1933 — und diese Fehlleistung passierte ihm nicht nur einmal während der Rede! So marschiert denn SA — wenn nicht im Geist — so doch im Unterbewußtsein mit.“

Auch für Schröders Tätigkeit vor dem Kriege in einem Berliner Anwaltsbüro, unter dessen Chefs, laut Bulletin der Bundesregierung, rassistisch Verfolgte waren, hat der einstige Legationsrat eine höchst maliziöse Erklärung: Für jene Anwälte sei es „ein letzter Versuch zur Rettung“ des Anwaltsbüros gewesen, „mit zusammengebissenen Zähnen gegen ein gutes Honorar ein Mitglied der NSDAP bei sich zu beschäftigen“.



Schröder-Untergebener von Simson
... machen alles zunichte“

Mit besonderer Ausdauer widmet sich Huyn einer „stark gewürzten Geschichte“, die am 31. Oktober 1962 von der Pariser satirischen Zeitschrift „Le Canard enchaîné“ veröffentlicht wurde — Überschrift: „Siegfried-Idyll“.

Danach sei der „Außenminister einer benachbarten Macht“ eines Tages aus „seinem Heimatdorf“ nach Paris gekommen, angeblich um an einer Konsulats-Konferenz teilzunehmen, tatsächlich zu anderem Behufe. Um 20 Uhr sei er vom Hotel „Bristol“ abgeholt worden und erst gegen Morgen wieder zurückgekehrt. Eines Tages, so zitiert Huyn „Canard enchaîné“, habe ein Abteilungs-Chef in der Botschaft des betreffenden Landes sich über das Zuspätkommen „einer jungen und hübschen Sekretärin“ beklagen müssen — sei aber von der Dame mit der Drohung, sie werde sich beim Außenminister beschweren, zurückgewiesen worden. Der Minister habe daraufhin „den armen Diplomaten“ versetzen wollen.

Der ehemalige Diplomat Huyn rollt die verstaubte „Canard enchaîné“-Geschichte unter dem Prätext auf, Schröder stelle „persönliche Sentiments vor nationale Interessen“. Laut Huyn war der „arme Diplomat“ der heutige Professor an der Freien Universität Berlin und damalige Botschaftsrat unter Botschafter Blankenhorn in Paris, Otto von Simson.

Diesen Diplomaten aus Paris zu entfernen, bemühte sich — immer laut Huyn — Schröder schon seit Anfang 1962, und zwar unter dem Vorwand, der Botschaftsrat sei „politisch unzuverlässig“, tatsächlich aber, weil der nichts ahnende Simson dienstliche Beanstandungen über die in Frage stehende junge Dame in deren Personalakte habe eintragen lassen.

Als im Oktober dann die „Canard enchaîné“-Geschichte erschien, habe Schröder, will Huyn wissen, bei Botschafter Blankenhorn die Versetzung Simsons verlangt, weil er vermutete, der Botschaftsrat habe „Canard enchaîné“ informiert. Blankenhorn habe zwar abgelehnt, Simson aber sei schließlich freiwillig gegangen.

Huyns Fähigkeit, Kolportage mit Politik zu verbinden, ist beachtlich. Mit bemerkenswertem Pathos verzeichnet er, daß Schröder ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise sich zu einer Botschafter-Konferenz nach Afrika begeben habe, vergißt jedoch nicht hinzuzufügen, „daß in seiner (Schröders) Begleitung jenes hübsche Mädchen aus der deutschen Botschaft in Paris mitflog“, und schließt mit einem Trompetenstoß, in dem sich nationale Empörung über den pflichtvergessenen Außenminister mit tiefer europäischer Verehrung für Charles de Gaulle mischen.

„Das war“, so kommentiert Huyn die Afrika-Reise Schröders, „die Handlungsweise des Chefs der deutschen Außenpolitik in einem Moment höchster Gefahr für unser Land.“

In dieser Hinsicht allerdings verbesserte sich der Graf auch durch seinen Dienstherrenwechsel kaum. Sein Nachfolge-Chef, Franz-Josef Strauß, in der Kuba-Krise Bundesverteidigungsminister und Oberbefehlshaber der westdeutschen Streitkräfte, hatte in dem „Moment höchster Gefahr“ nach einem Empfang des Bundespräsidenten auf Schloß Brühl — in seinen eigenen Worten — „in einem Zustand der Übermüdung und allgemeinen physischen Überlastung“ einen „Augenblick der physischen Schwäche“, über

den „Stern“-Chef Henri Nannen später schrieb: „Wer also künftig nach Empfängen einen Minister sucht, und findet ihn im Garten, wo er sich unter den Büschen erbricht, der muß wissen, daß es sich dabei nicht um Trunkenheit, sondern um Schwäche handelt.“

Davon kommt in des Grafen „Sackgasse“ nichts vor.

JUSTIZ

KABARETT

Ganze Serie

Vor dem „Münchner Rationaltheater“ in Schwabings Hohenzollernstraße machten die beiden Kriminalisten halt. Sie standen vor dem Tatwerkzeug: einem Schaukasten mit Dokumenten aus der NS-Zeit, die sämtlich den Namenszug „Lübke“ trugen.

Es galt, das Ansehen des höchsten Deutschen zu wahren. Doch dazu fehlte ein Schraubenzieher.

Sie borgten sich einen, aus dem Fundus des Rationaltheaters. Dann beschlagnahmten sie den Aushang des Theaters.

Schon seit Juli bedrängt das Fünf-Mann-Kabarett im Münchner Amüsierrevier den Bundespräsidenten. Allabendlich nach dem Schlußbeifall wird auf der Bühne eine scheinheilige „Ehrenerklärung“ verlesen: Das Rationaltheater distanzieren sich von den Vorwürfen, die aus dem Osten gegen Heinrich Lübke erhoben würden; denn der habe nur getan, was andere auch taten.

Andererseits: Um zu beweisen, daß Heinrich Lübke — wie DDR-Funktionäre schon lange behaupten — als Ingenieur in NS-Diensten Konzentrationslager geplant und gebaut habe, flog Kabarett-Texter Hannes Stütz nach Berlin. Jenseits der Mauer im „Haus des Nationalrats“ legte ihm am 20. August ein Genosse Stapel von Dokumenten vor: Niederschriften, Briefe, Baupläne, alle mit dem Namenszug oder der Parapher des Bonner Staatsoberhauptes.

Mit 40 Photokopien kehrte Stütz heim, und Tage später prangte eine Auswahl im Fensterkasten des Rationaltheaters. Dazu der Reim: „So schlicht wie Lübke spricht und schaut, genauso hat er auch gebaut.“

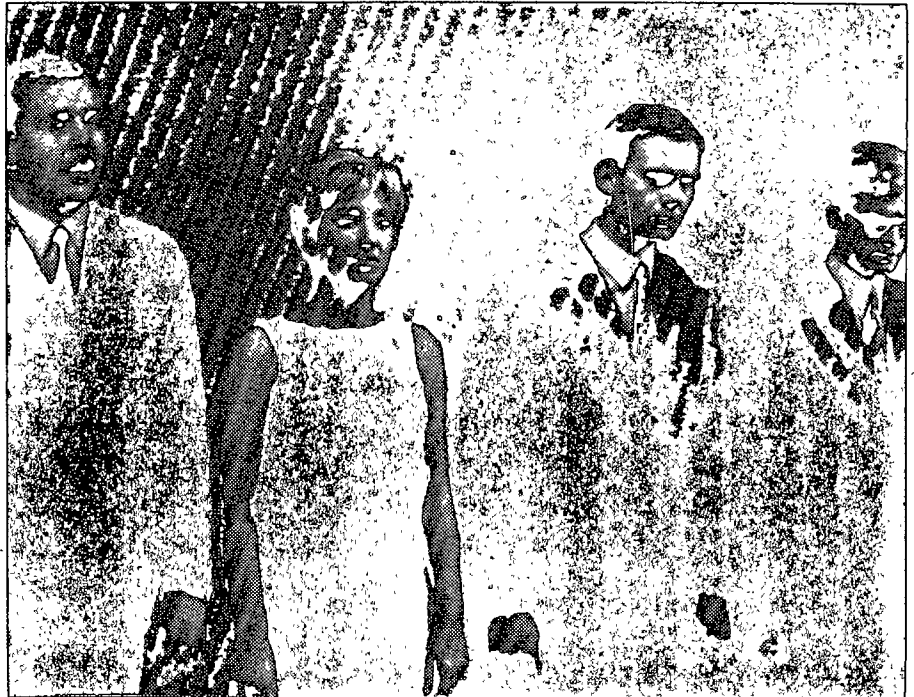
Höhepunkt der Freilichtschau war der Grund- und Aufriß einer SS-Wachbaracke des KZ Neu-Staßfurt (bei Magdeburg) mit dem handschriftlichen Vermerk: „16. 9. 44 i. V. Lübke“.

„Wo bleibt der Staatsanwalt?“ fragte nun Münchens „Abendzeitung“. Statt seiner kam ein mündlicher Kommentar des Bundespräsidialamts: „Alles Quatsch.“ Dann, am neunten Tage der Ausstellung, hatten die Journalisten es aus gleicher Quelle schriftlich: „Die Unterschrift des Bundespräsidenten... ist eine Fälschung. Der Bundespräsident hat zu keiner Zeit an der Planung und am Bau von Konzentrationslagern mitgewirkt.“

Von dem Paragraphen 95 des Strafgesetzbuches aber („Verunglimpfung des Bundespräsidenten“) machte Heinrich Lübke keinen Gebrauch; will die

* Von links: Alf Brustellin, Ute Kilian, Reiner Uthoff, Jochen Busse.

** Bei der Beschlagnahme von Lübke-Dokumenten.



Rationaltheater-Ensemble*: Eine scheinheilige Ehrenerklärung...

Staatsanwaltschaft nach dieser Gesetzesvorschrift einen Täter verfolgen, so benötigt sie eine Ermächtigung des Präsidenten.

Am 17. Tag der Ausstellung ermächtigte dagegen der Münchner Amtsgerichtsrat Heinrich Handel: Er erließ auf Antrag der örtlichen Staatsanwaltschaft jenen Beschlagnahmebeschuß, der die beiden Kriminalbeamten gen Schwabing in Marsch setzte.

Handels Begründung: „Die von den Beschuldigten veranstaltete Fensterausstellung... bringt insgesamt die Tatsachenbehauptung zum Ausdruck, Bundespräsident Lübke habe am Bau und an der Planung von Konzentrationslagern mitgewirkt. Aufgrund der Erklärung des Bundespräsidialamtes besteht der Verdacht, daß diese Tatsachenbehauptung unwahr ist.“

Am Tage nach der Beschlagnahme dekorierten die Kabarettisten ihren

Aushang mit neuen Materialien, und wieder erschien die Polizei, diesmal mit eigenem Schraubenzieher. Dann aber verlegten sich die Verfolgten auf ein anderes Publikationsmittel: Sie ließen 3000 Flugblätter mit Faksimiles der Lübke-Papiere drucken, die sie teils verschickten, teils mit dem Programm vor ihren Vorstellungen verteilten.

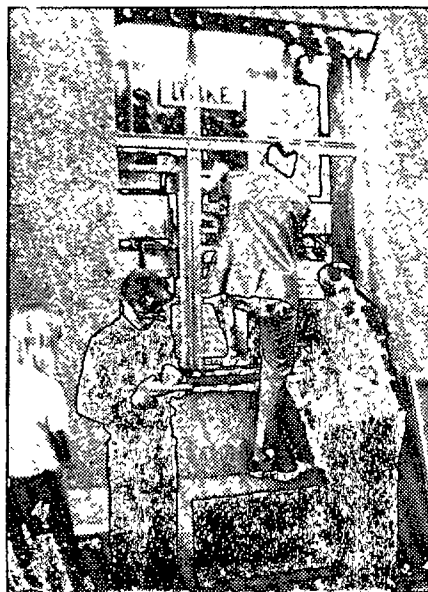
Prompt erschienen wiederum die beiden Beamten in der Hohenzollernstraße zur Beschlagnahme. Ein Exemplar lag bereit — auf dem Tisch der zweiten Loge. Und das Verhältnis zwischen Kriminalisten und Kabarettisten entspannte sich. Man begrüßt sich mit Handschlag. Rationaltheater-Chef Ekkehard Kühn, 32, frozzelt: „Es reicht uns noch für eine ganze Serie, und außerdem haben wir inzwischen Nachschub bekommen.“

Gegen den Beschlagnahmebeschuß hat ein Rechtsanwalt der Kabarettisten Beschwerde eingelegt: Eine Erklärung des Bundespräsidialamts sei nicht mit einer Ermächtigung des Bundespräsidenten gleichzusetzen; außerdem fehle jegliche Motivierung dafür, daß eine Behördenverlautbarung einen höheren Beweiswert habe als „Photokopien von Urkunden“.

Bislang hat Heinrich Lübke beide Wege gemieden, die er gehen könnte, um die Geschäftigkeit der Theaterleute zu stoppen:

- ▷ über das Strafrecht — indem er seine Ermächtigung zur Verfolgung der Kabarettisten gibt; die Staatsanwaltschaft müßte dem Gericht dann nachweisen, daß die ausgehängten Dokumente gefälscht sind;
- ▷ über das Zivilrecht — indem er eine Einstweilige Verfügung erwirkt; in diesem Fall müßte der Bundespräsident selber dem Gericht glaubhaft machen, daß ihm Dokumente angelastet werden, die gefälscht sind.

Das Bundespräsidialamt hat derweil ein drittes Mittel entdeckt, mit dem sich öffentliche Ärgernisse ohne Aufhebens erledigen lassen: „Das Rationaltheater ist ein kleines Kabarett und in München nicht sehr bekannt.“



Kriminalbeamte vor dem Rationaltheater** für den Bundespräsidenten